Pressemitteilung vom 30.10.2026

Berliner Vergesellschaftungspläne wirken auch in Baden-Württemberg

Wer Vermieter verunsichert, verschärft die Wohnungsnot

Die Landesverbände Haus & Grund Baden und Württemberg fordern von Ministerin Schopper ein klares Nein zu Vergesellschaftungen – 62 Prozent der befragten Vermieter erwägen bereits den Rückzug!

Haus & Grund Baden fordert von Wohnungsbauministerin Theresa Schopper ein unmissverständliches Bekenntnis zum privaten Eigentum: *„Private Vermieter sind unverzichtbare Partner der Wohnraumversorgung. Sie investieren ihre Ersparnisse, tragen finanzielle Risiken und übernehmen Verantwortung für Immobilien und Menschen. Wer bezahlbaren Wohnraum sichern will, muss ihnen den Rücken stärken“*, erklärt Lencke Wischhusen, Vorsitzende des Vorstandes von Haus & Grund Baden. *„Deshalb fordern wir die Ministerin auf zu einem klaren Bekenntnis: Eigentum schützen! Wir brauchen eine öffentliche, eindeutige Absage an Vergesellschaftungen in Baden-Württemberg auch über 2031 hinaus“*, ergänzt Sebastian Nothacker, Vorstand von Haus & Grund Württemberg.

62 Prozent der Vermieter denken in Baden-Württemberg über das Aufhören nach

Wie angespannt die Stimmung bereits ist, zeigt die Baden-Württemberg-Auswertung der Haus & Grund-Mitgliederbefragung 2026: **Rund 62 Prozent der befragten privaten Vermieter halten es für wahrscheinlich bis sehr wahrscheinlich, ihre Vermietungstätigkeit künftig ganz oder teilweise aufzugeben.** Das ist kein bereits vollzogener Rückzug, aber ein deutliches Warnsignal an die Politik. *„80 Prozent der Mietwohnungen in Baden-Württemberg werden von privaten Vermietern angeboten. Es ist deshalb wichtig sie als Partner der Politik zu sehen, nicht als deren Gegner. Sie brauchen verlässliche Rahmenbedingnen statt Signale, die privates Vermietungseigentum in Frage stellen“*, so Nothacker.

Die Berliner Vergesellschaftungspläne richten sich gegen große Wohnungsunternehmen. Kleine private Vermieter wären von der diskutierten Größenschwelle unmittelbar nicht betroffen. Die Landesverbände warnen jedoch vor einem Vertrauensverlust weit über diesen Kreis hinaus: *„Auch wer nur eine oder zwei Wohnungen vermietet, fragt sich, welchen Stellenwert privates Eigentum künftig noch hat. Diese Debatte trifft auf eine ohnehin verunsicherte Vermieterschaft. Sie kann die Bereitschaft weiter schwächen, Wohnraum anzubieten, zu bauen und zu modernisieren“*, so Thomas Haller, Vorstand von Haus und Grund Baden. Haller weiter: *„Wer anderen ein Zuhause gibt, braucht Vertrauen in die Politik – und die Gewissheit, dass seine Lebensleistung respektiert wird.“*

Vermieter schwächen bedeutet den Wohnungsmarkt verschärfen

Die möglichen Folgen weiterer Verunsicherung treffen auch Wohnungssuchende: Werden Investitionen verschoben oder Wohnungen künftig selbst genutzt, fehlen Mietangebote. Nicht jeder Verkauf entzieht dem Mietmarkt eine Wohnung. Doch ein Rückgang der Vermietungsbereitschaft kann die Auswahl verringern, die Wohnungssuche erschweren und den Druck auf die Mieten erhöhen. Ein staatlicher Eigentümerwechsel allein schafft dagegen keine einzige zusätzliche Wohnung.